

Nordkorea 1997/98: Wirtschaft und Politik

Pohl, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pohl, M. (1998). Nordkorea 1997/98: Wirtschaft und Politik. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 267-280. <https://doi.org/10.11588/kjb.1998.0.2851>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Nordkorea 1997/98: Wirtschaft und Politik

Manfred Pohl

1 Überblick

1997/98 begann auch die formale Machtübernahme Kim Jong-ils: Nachdem er bereits seit mehreren Jahren Armeechef und Vorsitzender des Militärausschusses der Koreanischen Arbeiterpartei (KAP) ist, wurde er von der regionalen KAP-Organisation der Provinz Süd-Pyongan am 21. September 1997 zum Generalsekretär der KAP gewählt; die Armee bestätigte die Wahl in einer Zeremonie in Pyongyang am 22. September. Kim Jong-il nicht auf einem großen ZK-Plenum oder einem Parteitag zum Generalsekretär zu wählen, sondern in einer Reihe von regionalen Wahlen, deutete auf die Absicht, Kosten einzusparen (*Newsreview*, 27.9.97:9). Bis zum 5. Oktober hatten die Parteiorganisationen der neun nordkoreanischen Provinzen und drei selbständigen Städte sämtlich Kim Jong-il zum Generalsekretär gewählt, am 8. Oktober wurde die Wahl offiziell bekanntgegeben (*Newsreview*, 11.10.97:6; *Far Eastern Economic Review/FEER*, 23.10.97:16).

Die nordkoreanische Führung blieb ansonsten 1997 noch weitgehend unverändert; allerdings gab es vorübergehend Gerüchte, daß der Reformler Kim Dal-hyon (Vorsitzender der Außenwirtschaftskommission und zeitweise Außenwirtschaftsminister) Ministerpräsident werden könnte (*Economic Intelligence Unit/EIU*, 3. Quartal 1997). Anfang 1998 kam es jedoch unerwartet zu umfangreichen Umbildungen in der nordkoreanischen Führung; sämtliche Spitzenfunktionäre, die in die sog. „Nordwind-Affäre“ verwickelt waren, wurden ausgewechselt. Die „Nordwind-Affäre“ war der Versuch der nordkoreanischen Führung, im Dezember 1997 durch Fälschungen und Gerüchte Präsidentschaftskandidat Kim Dae-jung in die Nähe Nordkoreas zu rücken und damit seine Wahlchancen zu mindern (vgl. den Beitrag „Die südkoreanische Innenpolitik: Schwerpunkte und Tendenzen“). Der Vizevorsitzende des Komitees zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes und der Vize des Asien-Pazifik-Friedenskomitees sowie der Vizedirektor der Abteilung für Organisation und Ausbildung der Koreanischen Arbeiterpartei wurden sämtlich wegen ihrer Verwicklungen in die „Nordwind-Affäre“ disziplinarisch gemäßregelt und verloren ihre Posten, letzterer aber wurde bald wieder rehabilitiert, da er zu den engen Vertrauten Kim Jong-ils gehört (*Seoul Shinmun*, 6.4.98, in: SWB, 8.4.98).

In gleichlautenden Leitartikeln der Parteizeitung *Rodong Shinmun* und der Armeezeitung zum Jahreswechsel 1997/98 wurde angedeutet, daß Kim Jong-il anläßlich der Feierlichkeiten zur 50jährigen Staatsgründung der DVRK 1998 endlich auch zum Staatspräsidenten gewählt werden könnte, das einzige höchste Staatsamt, das er nach dem Tod seines Vaters noch nicht bekleidet. In den Leitartikeln wurden auch die drei Hauptaufgaben, d.h. Probleme, genannt: 1. Lösung der Nahrungsmittelpro-

bleme, 2. Sicherstellung der Energieversorgung durch ausreichende Kohleförderung, 3. Stabilisierung des Eisenbahnverkehrs und Sicherung der Metallindustrie (*Tôkyô Shimbun*, 3.1.98).

Die nordkoreanische Führung hat im April 1998 gegenüber dem UNDP (United Nations Development Program) erstmals annähernd präzise Zahlen über die katastrophale Wirtschaftsentwicklung der Jahre 1993 bis 1996 vorgelegt, um weitere Hilfe zu erhalten. Nach den Zahlen des Statistischen Zentralamtes in Pyongyang ist das BSP auf nur noch 10,6 Mrd. US\$ gesunken, das bedeutet eine Halbierung. Das Pro-Kopf-Einkommen in Nordkorea ist im selben Zeitraum auf 481 US\$ gefallen. Das nordkoreanische BIP sank von 20,9 Mrd. US\$ (1993) und 15,4 Mrd. US\$ (1994) auf 12,8 Mrd. US\$ (1995) (*Asahi Shimbun*, 13.4.98). Nach südkoreanischen Quellen war die gesamtwirtschaftliche Lage Nordkoreas auch 1997/98 wieder von Schrumpfung geprägt: Die (südkoreanische) Bank of Korea (BoK) schätzt das Minuswachstum des BIP auf 3,7%, den Rückgang des BSP um 4% auf 21,4 Mrd. US\$. Das Pro-Kopf-Einkommen sank laut BoK um 5% auf 910 US\$ (von 957 US\$), die Bevölkerungszahl erreichte 23.558.000. Vermutlich zur Einsparung von UNO-Beiträgen (jährlich 650.000 US\$) gab die nordkoreanische Führung das Pro-Kopf-Einkommen mit 239 US\$ an, während der Vizeminister für Außenwirtschaft Kim Jong-u üblicherweise 719 US\$ (1995) nannte (EIU, 3. Quartal 1997). Industrielle Sektoren verzeichneten 1997/98 ebenfalls weitere Einbrüche: Die Kohleförderung sank um 11,4%, die Eisenerzproduktion um 15,8%, der Bausektor um 11,8% und die verarbeitende Industrie um 8,9%. Der Staatshaushalt ist offenbar ebenfalls so tief im Defizit, daß die nordkoreanische Führung seit 1995 keinen Haushaltsansatz mehr veröffentlicht hat (*Vantage Point/VP*, January 1998:5).

Im September 1997 erklärte Südkorea, man werde eine Mitgliedschaft Nordkoreas im IMF und in der Weltbank unterstützen, auch einer Mitgliedschaft des Nordens in der ADB werde man sich nicht widersetzen. Hauptproblem einer nordkoreanischen Mitgliedschaft in den drei Organisationen ist die permanente Weigerung der Führung in Pyongyang, zuverlässige Statistiken vorzulegen (*Newsreview*, 27.9.97: 15). Inzwischen hat die nordkoreanische Regierung die Weltbank ersucht, das Land beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen zu beraten; mehrere europäische Länder (z.B. die Schweiz, Dänemark) sollen 1,5 Mio. US\$ für Ausbildungsprogramme bereitstellen (*Financial Times*, 13.4.98). Die Arbeit am Tumen River Area Development Project (TRADP), bei dem unter Leitung der UNDP fünf Staaten kooperieren, ging weiter: Im November trafen Nordkoreas Kim Jong-u (stellvertretender Vorsitzender der Außenwirtschaftskommission) und die Vizewirtschaftsminister der anderen Staaten in Beijing zusammen (*Newsreview*, 18.11.97:22). Offenbar arbeitet die nordkoreanische Regierung an der Einrichtung weiterer Sonderzonen: Im Oktober 1997 nahm Kim Mun-sung, der Vizevorsitzende der Außenwirtschaftskommission, am asiatischen Wirtschaftsgipfel in Hongkong teil und kündigte dort an, daß in Wonsan und Nampo Freihandels- und Wirtschaftszonen eingerichtet werden sollen; beide Städte sind auch für ausländische Investitionen geöffnet worden. Auch in Pyongyang, Sinuiju, Haeju und Sariwon können seit Ende 1997 ausländische Inve-

stitionen getätigt werden (VP, November 1997:15; *Korea Herald/KH*, 14.10.97). Die weitere Entwicklung der Wirtschaftssonderzonen wird jedoch nach Auffassung südkoreanischer Beobachter massiv durch die Wirtschaftskrise in Asien behindert, es fehlt an Investoren (KH, 22.1.98).

Zum erstenmal seit 1945 hat Nordkorea seinen Luftraum für Transitflüge internationaler Flugesellschaften geöffnet: Außer zwei südkoreanischen Flugesellschaften haben sich sechs andere Airlines für regelmäßige Überflüge registrieren lassen; den Anfang machten im April Singapore Airlines und United Airlines. Die Öffnung erfolgte im Rahmen eines Abkommens zwischen Nord- und Südkorea vom Oktober 1997. Der Überflug nordkoreanischen Territoriums spart auf den Routen Südkorea - USA zwischen 20 und 50 Minuten ein (dpa/AFP/Süddeutsche Zeitung/SZ, 24.4.98). Schon am 23. April begann der Austausch von Wetterinformationen zwischen beiden Korea (Xinhua, 24.4.98); zwischen den Flughäfen Pyongyang und dem südkoreanischen Taegu wurde ein heißer Draht eingerichtet. Durch diese Regelung dürfte Nordkorea jährlich ca. 2 Mio. US\$ an Überfluggebühren einnehmen (VP, November 1997:16).

2 Außenwirtschaft

Die Außenwirtschaft Nordkoreas war 1997/98 ebenfalls von einem Schrumpfungsprozeß geprägt. Zahlen, die auf Datenbasis der japanischen JETRO vorliegen, weisen auf einen Schrumpfungsprozeß schon 1996 hin: Der gesamte Außenhandel sank um 6,7% auf 2,14 Mrd. US\$; die Exporte fielen um 6,1% auf 791 Mio. US\$, die Importe verringerten sich auf 1,34 Mrd. US\$ (-7,0%), so daß Nordkorea ein Handelsbilanzdefizit von 549 Mio. US\$ verzeichnete. China war 1996 der größte Handelspartner Nordkoreas mit 609 Mio. US\$ Gesamtvolumen (28,5%), gefolgt von Japan mit 516 Mio. US\$ (24,2%). Südkorea lag mit Abstand auf Rang 3 mit 242 Mio. US\$ (11,4%), Singapur stieg vom neunten auf den fünften Rang mit 77 Mio. US\$, Rußland fiel vom fünften auf den siebten Rang; genauere Zahlen wurden nicht genannt (EIU, 4. Quartal 1997). Das südkoreanische Ministerium für Wiedervereinigung errechnete für die erste Jahreshälfte 1997 einen Rückgang der nordkoreanischen Exporte um 10,2% auf 46,7 Mrd. US\$; der Rückgang war vor allem auf gesunkene Fertigwarenexporte zurückzuführen, in erster Linie bei Textilien (KH, 18.10.97). Nach russischen Quellen sank das Handelsvolumen in den vergangenen sieben Jahren um 700% auf nur 85 Mio. US\$ in 1996; Nordkorea ist bei Rußland mit 5 Mrd. US\$ verschuldet (VP, November 1997:27). Im Oktober schloß Nordkorea erstmals ein Abkommen mit Rußland, das die Rückzahlung regeln soll (Associated Press, 17.10.97, in: SWB, 18.10.97).

Das südkoreanische Wiedervereinigungsministerium hat für die erste Jahreshälfte 1997 Zahlen für den Handel Nordkoreas mit Japan errechnet: Nordkorea exportierte danach Waren im Wert von 15,22 Mrd. Yen (rund 125 Mio. US\$), ein Plus von

16,3% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1996; die nordkoreanischen Importe aus Japan sanken um 16,6% auf 9,62 Mrd. Yen. Exportiert wurden vor allem Bekleidung, Meeresprodukte, Reisstroh, Mineralien und elektronische Erzeugnisse. Den Hauptanteil der nordkoreanischen Exporte bildete Herrenbekleidung mit 30,7%, vor allem preisgünstige Herrenanzüge für Warenhäuser, die koreanische Firmen in Japan von Nordkorea fertigen lassen. Aus Japan werden vor allem Kfz eingeführt, im ersten Halbjahr 1997 für rund eine Milliarde Yen (EIU, 4. Quartal 1997).

Der deutsche Außenhandel mit Nordkorea verzeichnete 1997 deutliche Zuwächse, jedoch auf niedrigem Niveau: Die deutschen Ausfuhren erreichten 73,8 Mio. DM (1996: 50,9 Mio. DM), ein Zuwachs von 45%. Die deutschen Einfuhren aus Nordkorea lagen bei 75,5 Mio. DM (1996: 61,7 Mio. DM); das bedeutete eine Steigerung von 22,4% (Statistisches Bundesamt, OAV/Ostasientelegramm).

Der innerkoreanische Handel dürfte auch weiterhin kaum von den IWF-Auflagen berührt werden; ausschlaggebend wird vielmehr die südkoreanische Nachfrage nach Produkten aus Nordkorea sein sowie die Frage, ob südkoreanische Erzeugnisse ungehindert in den Norden gelangen können. Der innerkoreanische Handel erreichte 1997 ein Gesamtvolumen von ca. 320 Mio. US\$, davon 200 Mio. US\$ nordkoreanische Exporte nach Südkorea und 120 Mio. US\$ südkoreanische Ausfuhren in den Norden. Die Zahlen signalisierten einen beträchtlichen Anstieg des Warenaustausches zwischen den beiden Korea gegenüber 1996, als die nordkoreanischen Ausfuhren 182 Mio. US\$ erreichten, die südkoreanischen Lieferungen nur 70 Mio. US\$. In den Zahlen südkoreanischer Ausfuhren sind Lieferungen von schwerem Heizöl (fuel oil) im Wert von 2,9 Mio. US\$ und Baustoffe für die beiden Leichtwasserreaktoren im Wert von 1,7 Mio. US\$ enthalten.

Südkorea importiert aus dem Norden vor allem Stahl und Metalle (50% aller Lieferungen), besonders Gold- und Zinkbarren; allein Importe von Goldbarren machen 25% aller südkoreanischen Einfuhren aus Nordkorea aus. Wegen der IWF-Auflagen wird erwartet, daß die Goldimporte deutlich zurückgehen werden, was sich schon in den ersten zehn Monaten 1997 ankündigte: In diesem Zeitraum wurde von Südkorea monatlich Gold im Wert von ca. 4,36 Mio. US\$ importiert, im November sank das Volumen auf 2,64 Mio. US\$. Auch die Zinkeinfuhren zeigten deutliche Rückgänge: In den ersten zehn Monaten 1997 wurde monatlich Zink im Wert von 3,07 Mio. US\$ importiert, im November fiel das Volumen auf 1,41 Mio. US\$.

Die zweite Hauptgruppe nordkoreanischer Exporte nach Südkorea sind Textilien mit anteilig ca. 25%. Diese Exporte werden ebenfalls stark zurückgehen, da durch die Abwertung des Won gegenüber dem US-Dollar das Verfahren „processing on commission“ zu teuer wird, denn die Löhne der nordkoreanischen Arbeiter müssen von den südkoreanischen Auftraggebern in US-Dollar bezahlt werden. Die dritte große Warengruppe nordkoreanischer Exporte in den Süden sind Meeresprodukte (18%); hier könnte eine Steigerung eintreten, wenn sich der Fischereistreit Südkoreas mit Japan verschärft. Die südkoreanischen Exporte nach Nordkorea bestehen vor allem aus textilen Vorprodukten für das „processing on commission“ (34%); diese Ausfuhren dürften stark zurückgehen, da sich das genannte Verfahren durch

den hohen Dollar nicht mehr rechnet (Jin Park, „Inter-Korean Economic Relations in the IMF Era“, in: *Korea Focus*, Vol.6, No.2, March-April 1998, S.73).

Im Rahmen der flexibleren "Nordpolitik", die der neue Präsident Kim Dae-jung anstrebt, sollen Beschränkungen im Geschäftsverkehr mit Nordkorea abgebaut werden: Die Obergrenze von 5 Mio. US\$ bei Investitionen im Norden soll abgeschafft werden, Besuche südkoreanischer Geschäftsleute im Norden sollen vereinfacht werden, und Unternehmen aus dem Süden sollen gegen Verluste aus verschlechterten Beziehungen zwischen beiden Korea versichert werden (*Newsreview*, 7.3.98:11). Die Beschränkungen für Investitionen im Norden wurden für Anfang April angekündigt (*Asian Wall Street Journal/AWSJ*, 30.3.98; s.u.). Als erster ausländischer Brief- und Paketdienst hat die DHL (Brüssel) im November ein Büro in Pyongyang eröffnet; über den DHL-Service könnte die Laufzeit eines Pakets von Pyongyang nach Seoul via Beijing auf vier bis fünf Tage verkürzt werden (Korean Central News Agency, 7.11.97, in: SWB, 9.11.97) Die wenigen südkoreanisch-nordkoreanischen Joint Ventures scheinen nicht gut zu laufen: Daewoo unterhält in Nanpo bei Pyongyang mit der nordkoreanischen Samchollı General Corp. das Joint Venture National Industries General Corp., das nur mit 45% Kapazität arbeitet; der Daewoo-Präsident Kim Woo-choong besuchte im September Nordkorea, um dieses Problem anzugehen (*Newsreview*, 4.10.97:4).

Die südkoreanische Wirtschaftskrise beeinträchtigt weitere Joint Venture-Vorhaben: So wollte die südkoreanische Taechang Co. in Nordkorea 100.000 t Mineralwasser und Reinigungsmittel erzeugen; die Anlagen stehen bereits, aber die Finanzierung ist blockiert, Taechang kann keine Bankkredite erhalten. Wie Taechang geht es vielen Unternehmen, die in Nordkorea investieren wollen - es fehlt an Kapital. Insgesamt sechs südkoreanischen Unternehmen dürfen in Nordkorea aktiv sein, außer Taechang die Daewoo-Gruppe und Korea Green Cross (Medikamente zur Behandlung von Gehirnerkrankungen), die drei anderen Unternehmen sind am KEDO-Projekt in Sinpo beteiligt: Korea Electric Power Corp., Korea Telecom Co. und Korea Exchange Bank. Daewoo betreibt ein 50:50-Joint-Venture mit der Samchollı General Corp.: In dem Werk in Nampo fertigen 1.300 Beschäftigte Hemden, Jackets und Taschen (*Newsreview*, 25.4.98:24). Weitere 21 südkoreanische Unternehmen treiben Handel mit dem Norden, meist auf der Basis von „processing on commission“; LG International Corp. etwa läßt Fahrräder, Schuhe und TV-Geräte im Norden fertigen. Es steht aber zu befürchten, daß viele Unternehmen bei erzwungenen Beschränkungen ihrer Aktivitäten zuerst ihre Verbindungen nach Nordkorea abbauen werden (*Newsreview*, 24.1.98:12). Aber viele südkoreanische Unternehmen setzen in der Kooperation mit Nordkorea auf die langfristige Perspektive: Lotte und Tongyang Confectionary Corp. planen Süßwaren-(Konfekt-)Werke in Pyongyang, Samchuly Bicycle Corp. will zusammen mit LG eine Fahrradfabrik in Nordkorea errichten, wo jährlich 300.000 bis 500.000 Fahrräder gefertigt werden sollen. Allein in den ersten beiden Monaten 1998 wurden fünf Kooperationsprojekte zwischen nord- und südkoreanischen Unternehmen genehmigt. LG will mit einem anderen Partner ein Farb-TV-Werk und eine Muschelzucht in Nordkorea

aufbauen. Sogar die staatliche Korea Tobacco and Ginseng Corp. plant, in Nordkorea ein Zigarettenwerk zu errichten.

Drei Gründe für Investitionen in Nordkorea werden von südkoreanischen Unternehmen immer wieder genannt: Niedrige Lohnkosten, die weit unter denen z.B. in Südostasien liegen, und große Nähe zum vielversprechenden chinesischen Markt; vor allem aber gibt es einen „Heimwehfaktor“: Unternehmer, die in Nordkorea geboren wurden, zieht es zurück in ihre Geburtsorte. Vor allem Führungspersönlichkeiten der großen *chaebôl*-Gruppen reisen immer häufiger in ihre Geburtsorte - nicht nur aus Nostalgiegründen, sondern auch um Geschäftsmöglichkeiten zu untersuchen; man schätzt, daß 80 südkoreanische Unternehmer aus Nordkorea stammen, darunter 25 *chaebôl*-Präsidenten. Ein gutes Beispiel ist Hyundai-Gründer und Ehrenpräsident Chung Ju-yung, der davon träumt, seine Heimatregion am Kumgang-Gebirge touristisch zu erschließen. Der Präsident der Kohap-Gruppe hat die südkoreanische Regierung bereits informiert, daß er in Pyongyang, seiner Heimatstadt, in Werke für Textilien, Bekleidung und Gewebe insgesamt 686 Mio. US\$ investieren will. Die südkoreanische Führung hat diesen „Heimwehfaktor“ aufgegriffen und will gebürtigen Nordkoreanern, die jetzt als Unternehmer im Süden leben, grundsätzlich die Erlaubnis erteilen, in ihren Heimatstädten und -regionen zu investieren (*Newsreview*, 4.4.98:10). Das Klima scheint sich unter dem neuen Präsidenten Kim Dae-jung zu verbessern, aber nordkoreanisches Mißtrauen und die südkoreanische Wirtschaftskrise lassen keine schnelle Zunahme grenzüberschreitender Kooperationen erwarten (*Newsreview*, 25.4.98:25).

Dennoch hat die neue Regierung unter Kim Dae-jung inzwischen ein Programm entwickelt, das auf Ausweitung der Wirtschaftskontakte mit Nordkorea zielt; Kernelemente des Programms:

- Südkoreas Unternehmer sollen weitgehend freie Hand bei Investitionen im Norden erhalten, die Besuchsregelungen sollen deutlich gelockert werden.
- Geplant ist die Abschaffung der vorgeschriebenen Obergrenze von einer Million US-Dollar für Anlagen und Ausrüstungen, die von einer einzelnen südkoreanischen Firma nach Nordkorea verbracht werden dürfen.
- Die Regierung plant weiter eine sog. „Negativliste“ von Geschäftsaktivitäten, für die südkoreanische Unternehmen eine Sondergenehmigung benötigen, alle anderen Aktivitäten sollen liberalisiert werden; zu den genehmigungspflichtigen Bereichen gehören alle Geschäfte, die in Zusammenhang mit rüstungstechnisch relevanten Vorhaben stehen, und Projekte des Schwerindustriesektors.

Der Plan steht in Zusammenhang mit der Absicht Kim Dae-jungs, in den Beziehungen zum Norden Wirtschaftsbeziehungen und „Nordpolitik“ strikt zu trennen (*Newsreview*, 4.4.98:10).

Zu den wenigen noch verbliebenen Devisenquellen zählt offenbar noch immer der Export von Waffentechnologie: Im April 1998 testete Pakistan eine neue Langstreckenrakete (Reichweite: 1.450 km), die nach Einschätzungen amerikanischer

Fachleute auf Technologie basiert, die aus Nordkorea importiert wurde; es handelt sich danach um eine Weiterentwicklung der nordkoreanischen Rodong, die ihrerseits aus der russischen Scud-Rakete entwickelt wurde (*International Herald Tribune/IHT*, 13.4.98). Die Rakete wird nach israelischen Erkenntnissen offenbar auch immer noch in den Mittleren Osten geliefert, vor allem nach Ägypten, Syrien und in den Irak; nordkoreanische Raketeningenieure sollen auch im Iran tätig sein (*KH*, 19.11.97).

Eine der wichtigsten Stützen der nordkoreanischen Wirtschaft droht wegzubrechen: Die pronordkoreanischen Koreaner in Japan verweigern zunehmend ihre Unterstützung. Jahrelang hatten Mitglieder der pronordkoreanischen Organisation Chôšôren (Chongryun) harte Währung, Investitionen (die meisten Joint Ventures) und Technologie nach Nordkorea gebracht. Jetzt verzeichnet die Organisation Mitgliederschwind; Beobachter schätzen, daß Chôšôren von 224.000 (1990) auf 110.000 Mitglieder geschrumpft ist. Die Wirtschaftskrise in Japan hat besonders die Finanzinstitutionen der Chôšôren getroffen. Einige Kreditgenossenschaften gingen unter, die übrigen achzen unter "faulen" Krediten. Etwa ein Drittel der "Pachinko"-Hallen in Japan werden von Chongryun kontrolliert, aber 1997 gab es in diesem lukrativen Sektor keine Gewinne. Die 28 Unternehmensgruppen der Chongryun beherrschen den Handel Japans mit Nordkorea, davon wickelt allein die Donghae Trading Co. 30% ab (*FEER*, 4.12.97:28-29).

In der Sonderwirtschaftszone Rajin-Sonbong wurde Mitte 1997 der nordkoreanische Won um das Hundertfache abgewertet, offenbar um den Wechselkurs den Schwarzmarktraten anzupassen. Mit dem neuen Wechselkurs würde ein nordkoreanischer Arbeitnehmer in der Zone einen Monatslohn von 1 US\$ kosten. In der Sonderzone gibt es inzwischen nach südkoreanischen Informationen einen schwunghaften grenzüberschreitenden Privathandel nach China und Rußland, der ausschließlich in US-Dollar und chinesischen Renminbi abgewickelt wird (*FEER*, 23.10.97:16). Die KOTRA (Korea Trade and Investment Organization, Südkorea) machte 1997 erstmals Angaben zu Unternehmen in der Zone Rajin-Sonbong; danach gibt es 18 rein ausländische Investitionsprojekte, 23 Joint Ventures mit nordkoreanischen Partnern und 33 Projekte, die bisher nur registriert wurden (EIU, 3. Quartal 1997). Kim Jong-u, Vorsitzender der Kommission zur Förderung der außenwirtschaftlichen Kooperation und damit zuständig für die Wirtschaftszone, soll nach südkoreanischen Erkenntnissen wegen ausbleibender Erfolge in Rajin-Sonbong im Februar 1998 „gesäubert“ worden sein, sein bisheriger Stellvertreter soll seinen Posten übernommen haben (*Seoul Shinmun*, 6.4.98, in: SWB, 8.4.98).

3 Bankensystem

Erstmals wurde Ende 1997 eine Übersicht über das nordkoreanische Bankensystem in Südkorea veröffentlicht. Nachdem bis 1976 in Nordkorea verschiedene Banken

existierten (bis 1959 die Agrarbank, bis 1964 die Baubank und bis 1976 die Industriebank), wurden von 1976 an alle diese Banken von der Zentralbank (ZB) aufge-sogen. Die ZB fungiert seither in einer ungewöhnlichen Doppelrolle: Einerseits ist sie Notenbank, andererseits arbeitet sie auch als kommerzielle Bank. Die ZB gibt den Won aus und kontrolliert seine Zirkulation, sie übernimmt Versicherungsgeschäfte im Land, verwahrt Edelmetalle und verwaltet den Staatshaushalt. Die ZB besitzt auch eine Sparkasse mit 200 Filialen im ganzen Land, wo die Zwangsparsnisse von Arbeitern und Bauern plaziert werden. Zu diesen Zwangsparsnissen gehören Sozialversicherungs- und Unfallversicherungsbeiträge, alle drei Monate werden 24-30 Won für Gesundheitsversicherung einbehalten - von einem Monatsentgelt, daß bei ca. 100-200 Won liegt. Dieser Beitrag wird mit 3% verzinst und kann nach drei Jahren zurückgezahlt werden. Spareinlagen werden mit 3% p.a. verzinst, Ein- und Auszahlungen sind frei.

Mit Beginn der katastrophalen Wirtschafts- und Versorgungslage brach auch das Bankensystem Nordkoreas zusammen. Jeder Won muß für Nahrungsmittel ausgegeben werden, die Sparkonten sind leer. Die ZB reagiert auf die „Sparverweigerung“ mit versteckten Drohungen und Anreizen, die vor allem auf Koreaner im Ausland (China) zielen. Vielfach haben sich Filialen des Sparkassenreichs der ZB aber auch schlicht geweigert, Spareinlagen auszuzahlen. Die nordkoreanischen Bankfilialen gewähren Privatkunden keine Kredite, so daß die Kunden auf die Auszahlung ihrer Einlagen angewiesen sind, nicht zuletzt, um auf dem Schwarzmarkt einzukaufen. Internationale Finanzgeschäfte, z.B. Exportfinanzierung, werden nicht von der ZB abgewickelt, sondern größtenteils von der Foreign Trade Bank (FTB). Diese darf jedoch keine Won-Konten unterhalten und muß deshalb bei der ZB Won-Kredite aufnehmen, um nordkoreanische Exporteure in Won auszuzahlen, die FTB dagegen behält die Devisenzahlungen des ausländischen Kunden ein. Bei Importen verläuft der Prozeß umgekehrt: Der Importeur zahlt der FTB aus seinem ZB-Konto Won, die FTB begleicht Rechnungen aus den Devisenkonten, so daß nordkoreanische Unternehmen nur in Won abrechnen. Es gibt jedoch neben der FTB noch andere Auslandsbanken, so z.B. die Daesong Bank (gegr. 1978), die der Koreanischen Arbeiterpartei als Auslandsbank dient (ZB und FTB unterstehen dem Staatsrat, d.h. dem Kabinett).

Die Armee hat eine eigene Bank, die Kumsong Bank, die alle Devisengeschäfte der Volksarmee abwickelt, aber auch die Sparkonten der Soldaten hält. Die zentrale Rolle der Kumsong Bank unterstreicht die gewachsene Bedeutung der Armee, die seit längerem auch als Wirtschaftsorganisation auftritt. Zwei Handelsgesellschaften, Ponghwa und Pyongyang, betreiben gemeinsam eine eigene Bank, die Kumgang Bank (gegr. 1978). Die Koreanische Arbeiterpartei (KAP) kontrolliert über Spezialabteilungen zwei weitere Banken: Die Changgwang Credit Bank (gegr. 1986) gehört zur KAP-Abteilung Maschinenbauindustrie, die Nordkoreas Rüstungsindustrie steuert, und die Korea Credit Bank (gegr. 1989) gehört zur Abteilung Schwerindustrie der KAP und arbeitet vor allem mit Industrieunternehmen zusammen.

Seit kurzem gibt es auch Joint-Venture-Banken, die ausschließlich Auslandskoreaner als Partner haben, da westliche Banken noch Altschulden in Milliardenhöhe einfordern und gegenwärtig keine Geschäfte mit Nordkorea abwickeln. Zu den Joint-Venture-Banken gehören die Korea Joint Venture Bank (1989) und die Korea Ragwon Joint Financial Co. (1987), die beide koreanische Partner aus Japan haben. 1988 wurden die Koryo Joint Financial Co. und die Koryo Commercial Bank zusammen mit koreanischen Partnern aus den USA gegründet. Kaum eine dieser Banken wickelt erkennbar große Geschäfte ab, lediglich die Korea Joint Venture Bank dient als Verbindung zwischen der pronordkoreanischen Organisation von Auslandskoreanern in Japan, der Chongryun/Chôsören. Über diese Bank fließen Spenden aus Japan nach Nordkorea, daneben wickelt die Bank die Transaktionen für die wenigen Joint Ventures ab, die „japanische“ Koreaner in Nordkorea betreiben. Jüngste Berichte scheinen zu belegen, daß die Korea Joint Venture Bank 1993 von der Korea Unification and Development Bank geschluckt wurde, ein Joint Venture Nordkoreas mit einer Bank aus Hongkong, das jedoch nicht in Gang kam, weil der Hongkonger Partner seinen Anteil nicht aufbrachte.

Seit Inkrafttreten des Foreign Investment Banking Act 1993 wagten sich auch zwei westliche Banken nach Nordkorea, beide aber so neue Gründungen, daß sie noch keine Forderungen an Nordkorea hatten. Die ING North East Asia Bank, ein Joint Venture zwischen einem niederländischen Partner und der Korea Foreign Insurance, eröffnete im Dezember 1995. Im Februar 1996 wurde die Peregrine-Daesong Development Bank gegründet, die aber inzwischen in Schwierigkeiten gekommen sein dürfte, nachdem im Januar 1998 Peregrine in Hongkong zusammenbrach. Allerdings hat das Peregrine-Büro in Seoul betont, daß die Bank mit 7,5 Mio. Won über eine solide Kapitalausstattung verfüge, ein Verkauf der Bank sei geplant (KH, 22.1.98). Schließlich wurde im Februar 1995 in der Zone Rajin-Sonbong die Golden Triangle Bank gegründet, über die keine Einzelheiten bekannt sind. In dem bisher einzigen bestätigten Großprojekt der Wirtschaftssonderzone, einem Kasino mit Hotel, das die Emperor-Gruppe aus Hongkong baut, wird es Bankeinrichtungen geben. Insgesamt ist das nordkoreanische Bankwesen gegenwärtig in einem chaotischen Zustand. Besserung ist wohl erst zu erwarten, wenn südkoreanische Banken in großem Maßstab Nordkoreageschäfte abwickeln dürfen (EIU, 1. Quartal 1998).

4 Energiesektor

Der Energiesektor Nordkoreas ist am Ende: Gegenüber der Zeitung *Choson Shinbo* der pronordkoreanischen Koreanergruppe Chôsören/Chongryun gab der stellvertretende Energieminister zu, daß 84% der Anlagen stillliegen. Kohlebefeuerte Kraftwerke erzeugen überall im Land nur ca. 300.000 kW, teils wegen Kohlemangels, teils wegen Zerstörung durch Überschwemmungen. Ölbefeuerte Anlagen liegen still, da es an Devisen fehlt, um Öl einzuführen. Die jährlich 500.000 t Schweröl als Über-

brückung bis zur Fertigstellung der beiden Leichtwasserreaktoren werden im Kraftwerk Unggi in der Wirtschaftszone Rajin-Sonbong eingesetzt. Sonst noch verfügbare elektrische Energie wird in mittleren und kleinen Wasserkraftwerken erzeugt, die Großanlage im Norden ist noch nicht einsatzbereit. Die Stromknappheit wurde belegt durch die Tatsache, daß der nordkoreanische Rundfunk zeitweise seine Sendungen unterbrach, vor allem aber die Propagandalautsprecher an der Grenze in Panmunjom im Dezember fast einen Monat lang schwiegen. Einheiten der nordkoreanischen Volksarmee (KPA) haben in einer großangelegten Kampagne mit dem Bau kleiner und mittlerer Wasser- und Windkraftwerke begonnen. Die wenigen Zahlen, die in nordkoreanischen Medien genannt werden, scheinen übertrieben. So werden drei KPA-Einheiten als Beispiele aufgeführt, die zusammen über 300 solcher Kleinanlagen gebaut haben sollen, wobei sie „das Baumaterial aus eigener Kraft beschafften“ (Central Broadcasting Network, Pyongyang, korean., 27.3.98, in: SWB, 2.4.98). Auf einem Treffen von Aktivisten des Energieerzeugungssektors sprach der stellvertretende Ministerpräsident Hong Song-nam von „über 1.000 kleinen und mittleren Kraftwerken“. Hong betonte in seiner Rede auffällig die Notwendigkeit, diese Anlagen auch richtig zu betreiben und dazu Personal besser auszubilden (Korean Central TV, Pyongyang, 27.3.98, in: SWB, 8.4.98).

Die Vorbereitungen zum Bau der beiden Leichtwasserreaktoren (LWR) durch die KEDO (Korean Peninsula Energy Development Organization) in Sinpo (Shinpo) wurden 1997 durch einen bizarren Zwischenfall unterbrochen: In der Unterkunft der südkoreanischen Fachkräfte wurde eine zerknüllte *Rodong Shinmun* mit dem Bild Kim Jong-ils gefunden. Daraufhin stoppten die nordkoreanischen Behörden die Vorbereitungsarbeiten, erst nach einer Woche wurde weitergearbeitet. In Sinpo arbeiteten 1997 200 Süd- und Nordkoreaner zusammen, davon 145 Südkoreaner; bei Beginn der Hauptarbeiten werden auf den Baustellen 5.000 Südkoreaner beschäftigt sein (*The Economist*, 23.8.97:46; *Newsreview*, 11.10.97:7; 1.11.97:9; 27.12.97:9). Die KEDO und der spätere Betreiber, die Korea Electric Power Corp. (KEPCO), sind sich völlig uneinig über die Verteilung der vermutlich entstehenden Kosten für die beiden 1.000-MW-LWR. Bisher hat nur Japan angedeutet, man wolle ca. 1 Mrd. US\$ der geschätzten 5 Mrd. US\$ Gesamtkosten übernehmen; die USA berufen sich darauf, daß sie die Übergangslieferungen von schwerem Heizöl mit insgesamt 136 Mio. US\$ finanzieren.

Die Wirtschaftskrise in Südkorea hat auch Auswirkungen auf die Finanzierung der beiden LWR. In der Vorphase finanziert Südkorea die Bauarbeiten mit 45 Mio. US\$, die später vom südkoreanischen Anteil der Gesamtkosten abgezogen werden sollen. Die drastische Abwertung des Won gegenüber dem US-Dollar dürfte die anteiligen Kosten Südkoreas steil nach oben treiben, die Regierung in Seoul bleibt jedoch gelassen (*Newsreview*, 27.12.97:9). US-Geheimdienstberichte meldeten Anfang 1998 eine unterirdische Anlage in Hagap, die als Atomanlage z.B. zur Lagerung von waffenfähigem Plutonium dienen könnte; sollte das zutreffen, hätte Nordkorea das KEDO-Abkommen von Genf verletzt (*Newsreview*, 24.1.98:13). Die International Atomic Energy Agency (IAEA), die weitgehend aus den Verhandlungen zwi-

schen den USA und Nordkorea in Genf ausgeschlossen war, betonte auf ihrem Plenum im Juni 1997, daß Nordkorea noch immer nicht die Sicherheitsvorschriften des Nichtverbreitungsvertrages einhalte, die IAEA sei nicht in der Lage nachzuprüfen, ob Nordkorea alle Auflagen einhalte (EIU, 4.Quartal 1997).

5 Landwirtschaft

Die Landwirtschaft war auch 1997/98 der zentrale Krisensektor der nordkoreanischen Wirtschaft, die Versorgungslage hat sich nach übereinstimmenden Aussagen noch weiter dramatisiert. Zwar wurde 1997 ein Ernteertrag von 3,69 Mio. t erzielt - etwas besser als 1996 -, aber diese Erträge liegen weit unter den erforderlichen 4,14 Mio. t (EIU, 3. Quartal 1997). Im Juni ordnete Kim Jong-il an, daß Soldaten bei der Feldarbeit helfen sollten, offenbar um durch verstärkte menschliche Arbeitskraft fehlende Maschinen zu ersetzen. Es ließe sich aber auch vorstellen, daß entsprechend der jüngsten ideologischen Richtlinien die Armee mit ihren Grundsätzen, z.B. angeblich größere Disziplin, gegenüber der Partei die Führung auch hier übernehmen sollte. 1997 zeigten sich auch weitere „Liberalisierungen“ im Landwirtschaftssektor. Immer mehr Bauern bestellen intensiv kleine eigene Flächen, ohne daß die Führung gegen diese „Privatisierungen“ vorgeht, im Gegenteil: Offensichtlich werden auch Unternehmensbelegschaften ermutigt, eigene Felder zu bestellen (da die Industrieproduktion ohnehin weitgehend brachliegt). Schon im vorangegangenen Jahrbuch konnte von einer wachsenden Zahl von Bauernmärkten berichtet werden, dieser Trend geht ebenfalls weiter, ergänzt durch einen schwunghaften Schwarzhandel (FEER, 23.10.97:16). Seit Juni 1997 gibt es offiziell einen freien Markt in Wŏnjong an der Grenze zu China, in Pyongyang wurden ebenfalls offiziell ca. 100 private Läden zugelassen (VP, November 1997:15). Das südkoreanische Ministerium für Nationale Wiedervereinigung schätzt die Erträge der Herbsterte bei Getreide auf 3,48 Mio. t (-5,4% gegenüber 1996), so daß nach Berechnungen des Ministeriums 1998 insgesamt zusätzlich 5,41 Mio. t ausländische Getreidelieferungen nötig sind, um je Einwohner 546 g Getreide pro Tag ausgeben zu können. WFP und FAO gehen bei der Herbsterte von niedrigeren Zahlen aus und nennen 2,66 Mio. t (KH, 31.12.97).

1997/98 lieferte das südkoreanische Rote Kreuz als Soforthilfe 50.000 t Mais (bis Oktober 1997) und noch einmal 3.000 t Mais, 58 t Reis und 100.000 l Speiseöl im April 1998 (*Mainichi Shimbun*, 24.12.97; AFP/SZ, 16.4.98). Diese Lieferungen wurden erst möglich, nachdem sich der Norden bereit erklärt hatte, die Verteilung der Hilfe durch internationale Organisationen überwachen zu lassen. Daran waren im Dezember die Rote-Kreuz-Gespräche beider Korea gescheitert (*Newsreview*, 27.12.97:9). Ein neuer Hilferuf kam im März 1998: Trotz drastischer Reduzierungen der Tagesrationen an Getreide (Januar 98: 300 g/Kopf, Februar: 200 g) waren die Vorratslager erschöpft. Am 27. März kamen das südkoreanische und nordkoreani-

sche Rote Kreuz schließlich überein, eine Lieferung von 50.000 t Hilfsmittel zu ermöglichen, es handelte sich um Mehl, Speiseöl, Salz und Düngemittel. Die Überwachung sollte in zwei weiteren Regionen möglich sein, die bisher bei der Verteilung nicht überwacht werden konnten (*Newsreview*, 4.4.98:10).

Das World Food Program (WFP) hat schon im Januar 1998 damit begonnen, ein Hilfsprogramm von 373 Mio. US\$ aufzulegen, doppelt soviel wie 1997. Nach Berichten der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA benötigt Nordkorea jährlich 7,84 Mio. t Getreide, davon 4,82 Mio. t Nahrungsgetreide; die Eigenproduktion reicht bei weitem nicht aus (*Newsreview*, 7.3.98:11). China hat sich 1997/98 ebenfalls an Hilfslieferungen für Nordkorea beteiligt, allerdings nicht in einem "freundschaftlichen" Umfang. Geliefert wurden 70.00 t Nahrungsmittel, und es gab eine Zusage weicher Kredite in Höhe von 2,4 Mio. US\$ (20 Mio. Rmb, Juni) (EIU, 3. Quartal 1997). Die Nahrungsmittelhilfe Chinas liegt wahrscheinlich höher als in den Statistiken ausgewiesen (EIU, 4. Quartal). Anlässlich des 86. Geburtstages des verstorbenen Führers Kim Il-sung (15. April, der alljährliche „Sonntag“) kündigte China die kostenlose Lieferung von 100.000 t Getreide und 20.000 t Düngemitteln an (*Xinhua*, 13.4.98; *China Central TV*, Beijing, 13.4.98, in: *SWB*, 15.4.98).

Die Angaben über Opfer der Hungersnot in Nordkorea sind überaus widersprüchlich. Der ehemalige Chefideologe der KAP, Hwang Jang-yop, berichtet von 2.000 Hungertoten unter den ca. 500.000 Beschäftigten der militärischen Industriekomplexe, während Daewoo-Präsident Kim Woo-choong auf seiner Reise in den Norden (September) den Eindruck gewann, die Situation sei nicht so verzweifelt, wie sie in den Medien dargestellt werde. Auch eine Delegation der amerikanischen Hilfsorganisation USAID konnte bei einer Bereisung keine Hungersnot feststellen, was allerdings auf den Zeitpunkt zurückgeführt wurde: Die Reise fand kurz nach der Ernte statt (EIU, 1. Quartal 1998). Selbst das WFP gibt widersprüchliche Berichte. Im September gab das WFP bekannt, die fehlenden 800.000 t Nahrungsmittel seien durch Lieferungen aus China (127.000 t), Südkorea (115.000 t), der EU (95.000 t) und den USA (55.000 t) ausgeglichen worden. Zuvor hatte das WFP berichtet, daß 17% der nordkoreanischen Kinder unter Mangel- bzw. Unterernährung litten und für den Winter 1997/98 eine neue Hungersnot drohe (EIU, 4. Quartal 1997).

In der *South China Morning Post* berichtete ein Zeuge, es habe Fälle von Kannibalismus gegeben; überdies vermutete er, daß internationale Hilfsorganisationen über die Effektivität der Verteilungssysteme getäuscht würden. Die US-Hilfsorganisation ging in ihren Schätzungen so weit zu vermuten, daß ca. 15% der nordkoreanischen Bevölkerung, rund drei Millionen Menschen, bereits verhungert seien. Ähnlich hohe Zahlen nannten auch buddhistische Hilfsorganisationen in Südkorea (*SCMP*, 15.3.98, 3.4.98), diese wurden jedoch inzwischen von der südkoreanischen Regierung dementiert (*SCMP*, 17.4.98). Die Direktorin des WFP, Catherine Bertini, gab an, daß nach ihren Eindrücken die Ernährungslage der nordkoreanischen Kinder deutlich besser sei als vor einem Jahr; als Grund nannte sie die internationale Nahrungshilfe. Bertini betonte jedoch wiederum, daß sie mit den Kontrollmöglichkeiten

unzufrieden sei, und drohte mit einer Reduzierung der Hilfe, wenn das WFP die Verteilung nicht effektiver kontrollieren dürfe (*IHT*, 14.4.98).

Nordkorea benötigt dringend große Mengen Kunstdünger, um für Sommer und Herbst 1998 ausreichende Ernteerträge sicherzustellen. Diese Zwangslage war Voraussetzung für einen weiteren Versuch von Vierergesprächen zwischen Nord- und Südkorea, den USA und China in Beijing, die dann allerdings im April fehlschlugen. Der Norden hatte 500.000 t Düngemittel gefordert (KBS Radio, Seoul, korean., 14.4.98, in: SWB, 15.4.98), Südkorea war lediglich bereit, maximal 200.000 t zu liefern. Darüber hinaus waren an die Lieferung die Bedingungen von erweiterter Wirtschaftskooperation, dem Austausch von Sondergesandten und von Familienbegegnungen geknüpft (*AFP/SZ*, 16.4.98; *Newsreview*, 11.4.98:7). Schließlich reduzierte der Norden seine Forderungen auf 130.000 t, aber die Gespräche brachen dennoch zusammen, weil Südkorea bei weiteren Vereinbarungen auf Reziprozität bestand und eine verbindliche Regelung für die Familienzusammenführung noch vor den Düngemittellieferungen forderte; am 19. April kehrte die südkoreanische Delegation nach Seoul zurück (*Newsreview*, 25.4.98:10-11). Schon im Dezember 1997 war es zu Ansätzen von Vierergesprächen in Genf gekommen, die aber an der Frage der US-Truppen in Südkorea scheiterten; Washington und Seoul lehnten es ab, die Frage eines Abzugs dieser Truppen in die Gespräche einzubeziehen (*Mainichi Shimbun*, 20.11.97). Offenbar als Reaktion auf eine diskrete Nachfrage aus Pjöngjang betonte Südkoreas Präsident Kim Dae-jung, er werde - im Gegensatz zu früheren Regierungen - keine privaten Sondergesandten, etwa Familienangehörige, als Vermittler und Kontaktpersonen in den Gesprächen mit Nordkorea einsetzen; sämtliche Gespräche sollten über offizielle Kanäle laufen, um „außenpolitische Glaubwürdigkeit“ zu demonstrieren (*Yonhap*, engl., 13.4.98, in: SWB, 15.4.98).

Wie verzweifelt die Lage in der nordkoreanischen Landwirtschaft war, wurde aus Berichten von Besuchern im November 1997 erkennbar, die davon sprachen, daß führende Funktionäre des Landwirtschaftssektors öffentlich in Pjöngjang hingegerichtet worden seien, ihnen wurde als Verbrechen eine "falsche Landwirtschaftspolitik" zur Last gelegt (*Nihon Keizai Shimbun*, 6.11.97). Im Februar 1998 setzte sich der dritte Sekretär der nordkoreanischen Botschaft bei der FAO in Rom mit seiner Familie nach Südkorea ab. Er erklärte auf einer Pressekonferenz, daß ein großer Teil der ausländischen Nahrungsmittelhilfe nicht an die notleidende Bevölkerung gehe, sondern als Kriegsvorbereitung an die Armee. Auch die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ (*Médecins sans Frontières*) gab an, über Informationen zu verfügen, daß Nahrungsmittel vor allem an Kader und die Armee ausgegeben würden; Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen hatten auf der chinesischen Seite der nordkoreanisch-chinesischen Grenze Nordkoreaner interviewt (*SCMP*, 11.4.98; *SZ*, 14.4.98).

Der Überläufer wiederholte die Beschuldigung, daß nordkoreanische Diplomaten in illegale Geschäfte verwickelt seien, um harte Devisen zu beschaffen; vor allem gehe es um Drogenhandel. Das US State Department gab gegenüber dem auswärtigen Ausschuß des US-Senats an, daß Nordkorea seine Opiumproduktion „wesentlich“ gesteigert habe; die Produktionsmenge wird auf jährlich 40 t geschätzt. Das

Opium wird in Nachbarländer exportiert, vor allem Rußland (*Los Angeles Times*, 6.11.97, in: *VP*, November 1997:48). Nordkorea hat 1997 trotzdem 24 Auslandsvertretungen aus Kostengründen geschlossen, darunter auch die Vertretung in Finnland, die von Kim Pyong-il geleitet wurde, dem Halbbruder Kim Jong-ils (*Nihon Keizai Shimbun*, 7.2.98; *Tôkyô Shimbun*, 19.2.98; *Newsreview*, 21.2.98:11). In Rußland wurde am 2. April 1998 ein angeblicher nordkoreanischer Diplomat in Wladiwostok verhaftet, der 10.000 US\$ Falschgeld verkaufen wollte (ITAR-TASS, engl., 7.4.98, in: *SWB*, 10.4.98). Der Festgenommene bezeichnete sich als Handelsattaché an der Botschaft Nordkoreas in Moskau; nach seiner Ausweisung identifizierten russische Behörden ihn jedoch als Kil Jae-gyong, stellvertretender Direktor der internationalen Abteilung im Zentralkomitee der KAP (ungenannte Quellen, vermutlich koreanische Gruppen in Japan, die gewöhnlich gut informiert sind; *Sankei Shimbun*/AFP, 10.5.98; *IHT*, 11.5.98).